

CDU und FDP legen Einsetzungsantrag für einen Untersuchungsausschuss „Silvesternacht 2015“ vor

Die Fraktionen von CDU und FDP haben am vergangenen Dienstag einen gemeinsamen Antrag auf Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht verabschiedet. Denn: Mit jedem Tag steigt die Zahl der Fragen an die Landesregierung. Innenminister Jäger hat dem Parlament im Rahmen der Sondersitzung des Landtags am 14.01.2016 entscheidende Informationen vorenthalten und gleichzeitig den Eindruck vollständiger Transparenz erwecken wollen. Ausweislich neuer Dokumente waren Minister Jäger und die Staatskanzlei jedoch schon am 1. Januar über die sexuellen Übergriffe in Köln informiert. Wie passt dies mit dem Schweigen der Ministerpräsidentin und der späten Reaktion der Landesregierung zusammen? Nach Ansicht der CDU-Fraktion bedarf es einer zügigen, breiten und detaillierten Aufklärung der Vorkommnisse in Köln und der Ursachen, die zu dieser Eskalation geführt haben. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes schuldig.

Minister Jäger ist nicht mehr glaubwürdig

Der Innenausschuss hat in dieser Woche den dritten gescheiterten Versuch von Innenminister Jäger erlebt, die Verantwortung für die Vorgänge in der Silvesternacht von sich zu weisen. Sein Auftritt im Innenausschuss hat erneut mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Wie glaubwürdig ist es, wenn Herr Jäger behauptet, vor dem 4. Januar 2016 keine Kenntnis von der Dimension der Ereignisse gehabt zu haben, obwohl er bereits am Nachmittag des 1. Januar 2016 persönlich über mehrere Sexualdelikte durch eine 40 bis 50 köpfige Tätergruppe nordafrikanischer Herkunft informiert war? Warum hat er trotz der Kenntnis dieser und weiterer WE-Meldungen die unzutreffende Informationspolitik des Polizeipräsidiums Köln tagelang unkommentiert laufen lassen? Wann und wie ist die Ministerpräsidentin tatsächlich erstmals über diese Vorgänge informiert worden? Von den zahlreichen Fragen der Opposition konnte die Landesregierung auch im Innenausschuss nicht eine einzige zufriedenstellend beantworten. Jägers verzweifelte Versuche einer Flucht nach vorne geraten zunehmend zur Selbstdemontage. Der Minister ist nach den offenkundigen Widersprüchen in seiner Darstellung und Kommunikation nicht mehr glaubwürdig.

Haushaltsabschluss 2015: SPD-Finanzminister verschätzt sich um knapp 500 Millionen Euro bei den Steuereinnahmen

Anstatt der noch Mitte Dezember 2015 vom Finanzminister prognostizierten Steuereinnahmen hat das Land knapp 500 Millionen Euro weniger eingenommen. Das hat SPD-Finanzminister Walter-Borjans in dieser Woche auf Nachfrage der CDU-Landtagsfraktion zugegeben. Schon in den Debatten Mitte Dezember 2015 hatte die CDU-Landtagsfraktion vor einem rund 500 Millionen Euro großen Steuerloch im Landesetat gewarnt. Doch das Finanzministerium mauerte.

Die Frage, ob und wann der Finanzminister von dem Steuerloch wusste und welche Auswirkungen das auf den laufenden Haushaltsvollzug hat, wird der Haushalts- und Finanzausschuss auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion in einer Sondersitzung klären.

CDU-Antrag: Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einstufen

Die CDU will Marokko, Algerien und Tunesien schnellstmöglich zu „sicheren Herkunftsländern“ erklären. Dadurch können Asylanträge schneller bearbeitet und die Aufenthalte von Antragstellern aus diesen Staaten in Deutschland schneller beendet werden. Dies ist mit Blick auf die extrem geringe Schutzquote und die steigenden Zugangszahlen notwendig. Allein im Dezember 2015 kamen fast 2.300 Algerier und 3.000 Marokkaner nach Deutschland, obwohl so gut wie keine Aussicht auf politisches Asyl oder Anerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention besteht.

Der SPD-Bundesvorsitzende hat seinerseits bereits Unterstützung für die Pläne der Union angekündigt. Ministerpräsidentin Kraft werden wir bei der Abstimmung im Landtag in der kommenden Woche und im Bundesrat an ihren eigenen Worten messen. In ihrem Maßnahmenpaket vom 11. Januar 2016 heißt es: „Wir werden uns einer sachlichen Diskussion aller Maßnahmen auf Bundesebene nicht verschließen, die zur dringend notwendigen Beschleunigung der Asylverfahren – einschließlich der anhängigen „Altfälle“ – führen.“ Fest steht: Die Ministerpräsidentin darf nicht wie bei der Einstufung der Demokratien des Balkans auf der Bremse stehen.

Die Einstufung der Maghreb-Länder zu sicheren Herkunftsländern ist jedoch nur ein Baustein: Gleichzeitig muss es auch gelingen, die abgelehnten Asylbewerber aus diesen Staaten in ihre Heimatländer zurückzuführen und die Rücknahmeprogramme mit Leben zu füllen.

Braunkohle: Streit zwischen SPD und Grünen schadet unserem Land

Rot-Grün entzweit sich in der für unser Land wichtigen Braunkohle-Frage immer weiter. Dem Drängen der Grünen auf einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohlenförderung in den nächsten 15 bis 20 Jahren verweigert sich die NRW-SPD – und gerät damit gleichzeitig in Widerspruch zur eigenen Bundesministerin. Was ist die letzte Leitentscheidung der rot-grünen Landesregierung angesichts eines solchen Auftritts noch wert? Der koalitionsinterne Streit führt zu massiver Verunsicherung der Bevölkerung im rheinischen Revier und schwächt den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig. Die Koalition muss ihren Streit schnellstmöglich beilegen. Sie muss zu einer gemeinsamen Position kommen. Und sie muss die von Frau Kraft ins Bundeskabinett entsandte Geisterfahrerinnen Hendricks stoppen. Es reicht nicht, wenn die Ministerpräsidentin erklärt, man habe unterschiedliche Aufgaben. Es geht um zentrale Interessen unseres Landes.

Gemeinnützigkeit von Schützenvereinen ist gesichert

Die abstruse Idee, den Schützenvereinen die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, konnte mithilfe der CDU-Initiative schnell beerdigt werden. Aufgrund des CDU-Antrags musste der Landesfinanzminister Walter-Borjans im Landtag Rede und Antwort zur Idee der Finanzverwaltung stehen und sich zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Schützenvereinen äußern. Auf den öffentlichen Druck hat der Finanzminister inzwischen mit einem Erlass an seine Verwaltung reagiert. Dieser stellt klar, dass es keine Veranlassung gebe, die formellen Anforderungen der Satzungen von Schützenvereinen und anderen Traditionsvereinen im Hinblick auf die Beschränkung des Mitgliederkreises zu prüfen.

Das Engagement von Schützenvereinen und Schützenbruderschaften in vielen ehrenamtlichen Bereichen ist überwältigend und gehört seit dem vergangenen Jahr zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass das Schützenwesen gefördert und geschützt wird.